

Auer Tageblatt

Veröffentlichung des Auer-Tageblatts
nach der Genehmigung des Reichsministeriums
für Volksaufklärung und Propaganda
ausgegeben am 4. Mai 1932
Verlagsort: Auer, Nr. 104

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Auer-Tageblatts
nach der Genehmigung des Reichsministeriums
für Volksaufklärung und Propaganda
ausgegeben am 4. Mai 1932
Verlagsort: Auer, Nr. 104

Programms: Tagesblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 104

Nr. 104

Mittwoch, den 4. Mai 1932

27. Jahrgang

Die polnischen Handstreichpläne auf Danzig

Angeblich keine amtlichen Warschauer Kreise beteiligt

Berlin, 2. Mai. Zu den Meldungen des „Daily Express“ und anderer englischer Blätter über einen geplanten Handstreich der Polen auf Danzig erfahren wir von unterrichteter Seite, daß nach den Feststellungen des Auswärtigen Amtes offenbar amtliche Warschauer Kreise nicht hinter derartigen Plänen stehen. Man hält es aber für denkbar, daß irgendwelche chauvinistische Elemente in Polen ähnliche Pläne verfolgen. In politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß die deutsche Regierung gegebenenfalls alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden werde, um einem derartigen Handstreich aufs schärfste entgegenzutreten, und daß sie die Entwicklung der Dinge mit größter Wachsamkeit verfolgen wird.

Ein Dementi des Völkerbundskommissars

Danzig, 2. Mai. Das Sekretariat des Hohen Kommissars hat der Danziger Presse eine Zuschrift zugehen lassen, in der auf das Entschiedenste die Warnnachrichten dreier englischer Blätter über einen beabsichtigten Putzsch Polens dementiert werden, soweit sie auf seine Tätigkeit und seine Person als Völkerbundskommissar Bezug nehmen. — Die Danziger amtlichen Stellen haben zu den Meldungen bisher noch nicht Stellung genommen.

Ein polnisches Dementi

London, 2. Mai. Laut Mitteilung der hiesigen polnischen Botschaft hat der polnische Botschafter heute im Foreign Office vorgesprochen, um die Aufmerksamkeit auf die „völlig unwahren“ Gerüchte dreier Londoner Zeitungen über angebliche aggressive Absichten Polens auf Danzig zu lenken.

Weitere Erklärungen zu den englischen Warnmeldungen

Berlin, 2. Mai. Zu den Warnnachrichten englischer Blätter über einen beabsichtigten Handstreich auf Danzig, die — wie gemeldet — bereits von dem Völkerbundskommissar dementiert worden sind, sind inzwischen hier weitere Erklärungen sowohl von polnischer wie von Danziger Seite eingegangen.

In der Danziger Verlautbarung wird das Aufheben der Meldungen in der englischen Presse damit erklärt, daß seit Wochen und Monaten in chauvinistischen polnischen Blättern Gehörtes erschienen ist, in denen u. a. auch die Befestigung der Hoheitsrechte der Freien Stadt gefordert wurde.

Von polnischer Seite wird darauf hingewiesen, daß gestern die Frist für die vorläufige Regelung des Auslieferungswesens polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen abgelaufen sei und angenommen, daß dieser Umstand zu mißverständlichen Auslegungen geführt habe.

Berliner Blätter zu den polnischen Putzschabsichten

Berlin, 2. Mai. Die Meldungen über die polnischen Putzschpläne werden von den meisten Berliner Abendblättern in größter Aufmerksamkeit gebracht. Ein großer Teil von ihnen nimmt in schärfster Form dazu Stellung. Der „Börseencourier“ schreibt unter Bezugnahme auf die Dementis der polnischen Regierung: Auch „als abenteuerliche Putzschabsichten, denen die Warschauer Regierung fernsteht“, einen Staatsstreich in Warschau unternahmen, wußte auch die polnische Regierung ihre Hände in Unschuld. Das Mißtrauen der Reichsregierung und erst recht des deutschen Volkes ist durch die Antwort der polnischen Regierung keineswegs beseitigt. Die „Vossische Zeitung“ steht in der Möglichkeit, die ganze Welt durch derartige Meldungen zu alarmieren, ein sehr bedenkliches Symptom für die unrettbare Spannung, die durch das verhängnisvolle Eingreifen Polens in die Handelsfreiheit Danzigs erzeugt worden ist. Die „D.N.Z.“ verweist ebenfalls auf das Beispiel Litwas und sagt, so einfach lägen die Dinge bei Danzig und Ostpreußen nicht. Zwar ermutigt das schandbare Benehmen des Genfer Völkerbundes im östlichen Konflikt die Putzschabsichten jenseits der Grenzen. Immerhin würde nicht einmal dieser Genfer Bund den Bruch des Friedens mitten in Europa ebenso passiv hinnehmen können, wie es „weit hinten in der Mandchurien“ geschah. Die deutsche Regierung muß überdies auf das ernste Überlegen, ob sie in der Lage sein wird, durch ihren Vertreter in Genf im kommenden Herbst den nichtständigen Rat der Völkerbundsländer zu lassen. Wirkliche Hilfe gegen einen polnischen Angriff aber wird gewiß nicht vom Völkerbund kommen, sondern in erster Linie auf dem Widerstand der deutschen Verteidigung beruhen.

Die Danziger Presse zu den polnischen Putzschplänen

Danzig, 2. Mai. Die Danziger Presse nimmt in mehr oder weniger ausführlichen Kommentaren zu den Meldungen über die angeblichen polnischen Putzschabsichten Stellung. Die „Danziger Anzeiger“ hält sie für reine Sensationsnachrichten, zumal der

„Daily Express“ der Hitler-Bewegung nahesteht und der englische Korrespondent, der ja Hitler auf seinen Propagandafeldzügen durch Deutschland begleitete, der Verfasser dieser Meldung sein dürfte.

Die „Danziger Allgemeine Zeitung“ schreibt, die Meldungen seien kennzeichnend für die Spannung im Osten und die Beurteilung der friedensstörenden Tendenzen Polens durch das Ausland.

Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ schreiben, die überaus maßlose Sprache der polnischen Presse hätte die polnische Öffentlichkeit und die Bevölkerung Polens in einer gefährlichen Weise erregt und Gedankengänge erzeugt und populär gemacht, die sich bis zu den Meldungen offener Angriffabsichten gegen Danzig steigerten. Nachdruck und von polnischer offizieller Seite sei immer

wieder abgestritten worden, daß solche Absichten beständen. Aber diese Dementis seien nicht in einer so schlagkräftigen Weise erfolgt, daß sie diesen gefährlichen Stimmungen wirklich endgültig den Garaus gemacht hätten.

Die „Danziger Volksstimme“ hebt hervor, daß solche Gerüchte periodisch auftauchen, wenn die Spannung in den Danziger polnischen Beziehungen einen Höhepunkt erreicht habe. Es gelte zur Taktik der Nationalsozialisten sowohl Polens als auch Danzigs, daß sie sich gegenseitig Putzschabsichten unterstellten. Auf diese Weise arbeiteten sie sich gegenseitig in die Hände. Im übrigen steht auch dieses Blatt den englischen Meldungen skeptisch gegenüber und bezeichnet es als auffallend, daß nur die drei genannten englischen Blätter sie verzeichnen, während sie der Danziger Presse und sämtlichen in Danzig ansässigen Pressevertretern unbekannt geblieben seien.

Ein Linksruck in Frankreich

Der Ausfall des ersten Wahlganges

Paris, 2. Mai. Die französischen Kommunalwahlen haben eine außerordentliche Anzahl von Entscheidungen im zweiten Wahlgang notwendig gemacht. Der zweite Wahlgang spielt sich nicht zwischen zwei Spitzenkandidaten ab, sondern wird ein neuer Kampf, bei dem sogar neue Kandidaten auftreten können. Es werden also die Kombinationen entscheidend sein, die getroffen werden. Nach dem bisherigen Ergebnis läßt sich folgendes feststellen: Die Extremen links und rechts scheinen starke Verluste erlitten zu haben, besonders die Rechtsstehenden. Außerdem hat im ersten Wahlgang die Fraktion Lardieu den höchsten Misserfolg erlitten. Sie büßt bereits den Verlust von nicht weniger als 8 Mandaten. Auffallend ist, daß die Radikalen bis jetzt nur Gewinne und keine Verluste zu verzeichnen haben, während bei den Sozialisten sich das Absonderliche zeigt, daß im ersten Wahlgang 40 ihrer Kandidaten durchgekommen sind, während sie 1928 im ersten Wahlgang nur 15 Mandate an sich brachten. Im ganzen genommen läßt sich, soweit der erste Wahlgang einen Ueberblick gestattet, ein Ausfall nach links feststellen. Ob dieser Linksruck im zweiten Wahlgang noch so stark ausgeweitet werden kann, daß er eine Konstellation der Linksparteien oder eine Konzentration mit den Radikalen unter Ausschluß der Marin-Gruppe ermöglicht, steht dahin.

Das bisherige Ergebnis der Parlamentswahl

Paris, 2. Mai. Aus einer vom Innenministerium herausgegebenen Statistik, die sämtliche in Frankreich und Algerien zu vergebenden 606 Mandate umfaßt, geht hervor, daß in 248 Fällen die Entscheidung im gestrigen ersten Wahlgang gefallen ist, während in 357 Fällen noch Stichwahl stattfindet. Die gestern gewählten Abgeordneten verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Rechtsstehende 3, Marin-Gruppe 4, unabh. Republikaner, d. h. die bei keiner Fraktion Eingetragenen, 13, katholische Demokraten 10, Linksrepublikaner 37, rechtsstehende Radikale 26, Radikale 66, rechtsstehende Sozialisten 4, Sozialrepublikaner 5, Sozialisten 40, kommunistische Sozialisten 3, Kommunisten 1.

Die Aussichten für die französische Stichwahl

Paris, 2. Mai. Die Prüfung der im ersten Wahlgang erzielten Ergebnisse zeigt etwa folgendes Bild: Die beiden Flügelparteien links und rechts werden mit schweren Verlusten rechnen

müssen. Die Marin-Gruppe hat relativ gut abgeschnitten. Die Radikale-Gruppe wird wohl als selbständige Gruppe verschwinden. Die Linksrepublikaner Lardieus werden wohl kaum in der gleichen Stärke wie bisher in die Kammer einziehen. In schlechter Position für die Stichwahl befindet sich der linke Flügel der Regierungsmehrheit, die Loucheur-Gruppe, die Gruppe Bouillon und die Gruppe der unabhängigen Linken. Sie müssen unter Umständen mit einem Verlust von mehr als einem Drittel ihrer Mandate rechnen, wenn sie nicht taktisch klug sich den Parteien anschließen, die man einst als Kartell der Linken bezeichnete. Dieses Kartell der Linken kann hoffnungsvoll dem kommenden Sonntag entgegengehen.



Die Radikal-Sozialisten jetzt die stärkste Partei in Frankreich

Edouard Herriot,

der Führer der französischen Radikal-Sozialisten, die nach dem Ausgang des ersten französischen Wahlganges jetzt die stärkste Partei in der französischen Kammer sind. Dieses Ergebnis kann durch den Ausfall des zweiten Wahlganges, bei dem die Stichwahlen entschieden werden, wesentlich korrigiert werden.

Dr. Brüning berichtet über Genf

Berlin, 2. Mai. Der Bericht, den der Kanzler heute nachmittag dem Kabinett über die außenpolitische Situation erstattete, erstreckte sich eingehend auf alle Fragen, die in den Genfer Besprechungen mit den ausländischen Staatsmännern behandelt worden sind, vor allem also auf die Abrüstungskonferenz, die Reparationsfrage und das Donauproblem. Danach hat Dr. Brüning in Genf keinen Zweifel an der Bestimmtheit und Klarheit des Standpunktes gelassen, den Deutschland in diesen Fragen einnimmt. Das gilt in erster Linie für das absolute Bestehen auf Gleichberechtigung in der Abrüstung und gilt weiter vor allem auch für das Festhalten an der Linie der deutschen Reparationspolitik. Die Darlegungen Brünings wurden im einzelnen noch ergänzt durch Staatssekretär Bülow und Ministerialdirektor Graf Schwerin von Krosigk, der bekanntlich der erste deutsche Sachverständige für die wirtschaftliche und finanzielle Seite des Donauprobblems ist. Mit der heutigen Kabinettsitzung sind nun die Beratungen eingeleitet worden, die die Lösung all der bedeutenden Fragen bringen sollen, die in der nächsten Zeit geregelt werden müssen.

Sofort Land für die Siedelung

Berlin, 2. Mai. Wie wir erfahren, hat im Reichsarbeitsministerium mit Vertretern der Siedelungspraxis eine Besprechung darüber stattgefunden, wie es möglich sei, die Siedelung weiter zu verbilligen. Die Besprechung bezog sich besonders auf das Siedelungsland, welches jetzt aus der Osthilfe anfallen wird. Es bestand allgemein Uebereinstimmung darüber, daß man versuchen müsse, noch einfacher und sparsamer als bisher zu siedeln. Die Vertreter der Siedelungspraxis gaben auch der Auffassung Ausdruck, daß alles Land im Osthilfegebiet, das nicht mehr entschuldet werden kann, nunmehr wirklich auch mit größter Beschleunigung der Siedelung auszuführen ist.

Deutscher Schritt in Moskau

für die deutschen Ingenieure und Arbeiter

Berlin, 3. Mai. Die Reichsregierung hat Blättermeldungen zufolge Besprechungen mit der Regierung der Sowjetunion eingeleitet, die die großen finanziellen Schwelertigkeiten der in Rußland befindlichen deutschen Ingenieure und Facharbeiter zum Gegenstand haben. Die russische Regierung hatte bei den Vertragsabschlüssen mit diesen